

Soziale Ungleichheit beim Erwerb von Wohneigentum: eine Analyse aus der Lebensverlaufsperspektive

Kurz, Karin

Veröffentlichungsversion / Published Version

Zeitschriftenartikel / journal article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

GESIS - Leibniz-Institut für Sozialwissenschaften

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kurz, K. (1998). Soziale Ungleichheit beim Erwerb von Wohneigentum: eine Analyse aus der Lebensverlaufsperspektive. *Informationsdienst Soziale Indikatoren*, 20, 5-9. <https://doi.org/10.15464/isi.20.1998.5-9>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:

<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

Soziale Ungleichheit beim Erwerb von Wohneigentum

Eine Analyse aus der Lebensverlaufsperspektive

Die Wohnsituation gehört neben Einkommen und Vermögen zu den zentralen Aspekten der Wohlfahrtsposition eines Haushalts. Dabei ist nicht nur an Wohnungsgröße und -ausstattung zu denken, sondern auch an den Eigentümerstatus. Wohnungseigentümer verfügen im Durchschnitt nicht nur über größere und besser ausgestattete Wohnungen als Mieter, sondern genießen auch eher die Freiheit, die eigenen vier Wände nach eigenem Gutdünken zu gestalten. Zudem verspricht Wohneigentum im allgemeinen langfristige Sicherheit - die Sicherheit vor Kündigung, Mietfreiheit im Alter und Sicherheit für die eigenen Kinder, an die das Wohneigentum weitergegeben werden kann. Und nicht zuletzt hat sich Wohneigentum in den vergangenen Jahrzehnten als sichere, im Wert steigende Vermögensanlage erwiesen. Wohnungseigentum ist allerdings in der Bevölkerung nicht gleich verteilt: Sowohl regionale und soziale Ungleichheiten sind zu beobachten. In Ostdeutschland liegt der Anteil der Eigentümer deutlich unter dem in Westdeutschland. Gleichzeitig ist Wohneigentum auf dem Lande, wo die Baulandpreise niedriger sind, weiter verbreitet als in Städten und vor allem Großstädten. Daneben steigt mit der Höhe des Haushaltseinkommens der Anteil der Eigentümer an. Gleichwohl gilt, daß Arbeiterhaushalte fast ebenso häufig über Wohneigentum verfügen wie Angestelltenhaushalte. Gleichzeitig ist Wohneigentum auf dem Lande, wo die Baulandpreise niedriger sind, weiter verbreitet als in Städten und vor allem Großstädten.¹

Nach Ergebnissen der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe lebten im Jahr 1993 in Ostdeutschland 26% und in Westdeutschland 41% der Haushalte in den eigenen vier Wänden. Dabei zeigen sich in beiden Landesteilen ähnliche Muster der Verteilung nach sozialrechtlicher Stellung und Haushaltseinkommen. Westdeutsche Beamte und Angestellte verfügen mit rund 54 Prozent nur wenig häufiger als Arbeiter mit 49 Prozent über Grundvermögen in Form von unbebauten Grundstücken, Gebäuden, Eigentumswohnungen oder sonstigen Gebäuden (vgl. Tabelle 1). In Ostdeutschland liegen die Arbeiter mit 30 Prozent gleich auf mit den Angestellten und Beamten. Spitzenreiter unter den Eigentümern sind in beiden Landesteilen erwartungsgemäß die Landwirte mit 88 bzw. 85 Prozent; ihnen folgen die Selbständigen mit 71 Prozent im Westen und 54 Prozent im Osten. Auch die Abhängigkeit von der Höhe des Haushaltseinkommens ist in Ost- wie Westdeutschland unübersehbar (vgl. Laue 1995). So verfügten in Westdeutschland 1993 nur 30 Prozent der Haushalte mit einem Haushaltseinkommen von unter 2500 DM über Grundvermögen, verglichen mit 54 Prozent der Haushalte mit 2500 bis unter 5000 DM und 80 Prozent derjenigen mit 5000 bis 35000 DM.

Im folgenden werden soziale Ungleichheiten im Zugang zum ersten Wohneigentum genauer beleuchtet. Die Analyse beschränkt sich auf die Geburtsjahrgänge 1929-31, 1939-41 und 1949-51 in Westdeutschland. Dabei wird eine Lebenslaufperspektive eingenommen, d.h. berücksichtigt, wann im Lebenslauf Wohneigentum erworben² wird. Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt der Analysen: Haben sich die Chancen, Wohneigentum zu erwerben,

über die Jahrgänge der etwa 1930, 1940 und 1950 Geborenen verändert? Inwieweit folgt der Erwerb von Wohneigentum den bekannten Mustern von Ungleichheiten der Arbeitsmarktposition? Wird durch die Kumulation von Ressourcen innerhalb von Partnerschaften der Erwerb von Wohneigentum erleichtert? Konkret: Inwieweit erhöhen sich mit der Erwerbstätigkeit der Frau die Chancen auf Wohneigentum in einer Ehe? Und schließlich: Welche Rolle kommt der finanziellen und praktischen Unterstützung durch die eigenen Eltern zu? Datenquelle für die Analysen ist die Lebensverlaufsstudie des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin, in der An-

fang der 80er Jahre Angehörige der genannten Geburtsjahrgänge unter anderem zu ihrer Berufs-, Partnerschafts- und Wohnbiographie befragt wurden. Ergänzend werden Daten aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage in den Sozialwissenschaften (ALLBUS) herangezogen.

Zunächst ist ersichtlich, daß sich zwischen den Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 im Hinblick auf Zeitpunkt und Umfang des Erwerbs von Wohneigentum nicht allzuviel geändert hat (vgl. Graphik 1). Freilich gilt, daß insbesondere die Kohorte 1950 nur für eine relativ kurze Zeitspanne, nämlich bis etwa zum 30. Lebensjahr beobachtet wurde.

Wohneigentum wird in der Regel von Ehepaaren erworben

Wohneigentum ist nach wie vor eine Domäne von Ehepaaren. Betrachtet man Personen ab ihrem 30. Lebensjahr, so finden sich vor allem in der Altersgruppe der 30-44jährigen bei den Ledigen nur selten Wohneigentümer (vgl. Tabelle 2). Allerdings scheinen Ledige in einem späteren Alter etwas aufzuholen. Daß besonders Ehepaare Wohneigentum anstreben, ist leicht nachvollziehbar: Zum einen werden durch das Zusammenlegen der Ressourcen zweier Personen die finanziellen und immateriellen Belastungen, die mit dem Erwerb von Wohneigentum entstehen, leichter tragbar. Zum anderen ist eine Ehe in aller Regel als langfristiges „Projekt“ angelegt, womit die meist langfristige Bindung an Wohneigentum ebenfalls erleichtert und gefördert wird. Und schließlich ist mit der Eheschließung oft auch die Familiengründung verbunden. Mit Kindern gibt es einen höheren Bedarf an Platz und ungestörten Entfaltungsmöglichkeiten (ohne Probleme mit Vermietern und Nachbarn) - ein Bedarf, der in den eigenen vier Wänden, insbesondere in einem Einfamilienhaus, meist besser gedeckt werden kann als in einer Miet-

Tabelle 1: Grundvermögen¹ nach beruflicher Stellung² 1993

	Landwirte	Sonstige Selbständ.	Angest./ Beamte	Arbeiter	Arbeitslos	Nicht erworbt.
alte Bundesländer	88	71	54	49	28	47
neue Bundesländer	(85)	54	30	30	22	23

Quelle: Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1993 (Laue 1995)

Relative Anteile; in Klammern: unsichere Schätzung wegen niedriger Fallzahl

¹ Grundvermögen in Form von unbebauten Grundstücken, Gebäuden, Eigentumswohnungen und/ oder sonstigen Gebäuden.

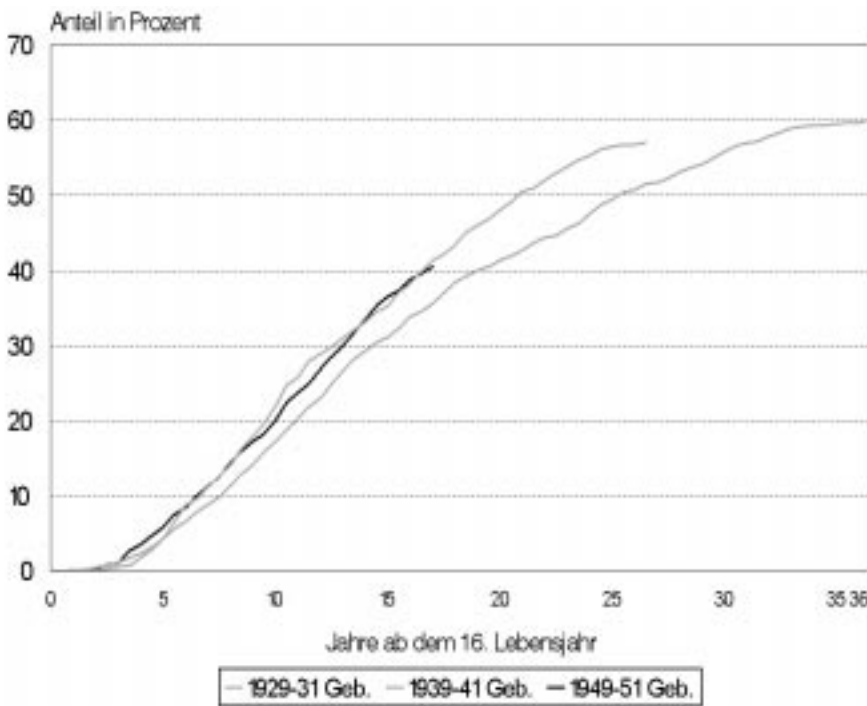
² Berufliche Stellung der Bezugsperson im Haushalt;

Tabelle 2: Familienstand und Wohneigentum (alte Bundesländer)

	verheiratet zusammenlebend	getrennt od. geschieden	verwitwet	ledig
30 bis 44 Jahre	54	20	(33)	21
45 bis 59 Jahre	66	36	51	31
60 Jahre u. älter	69	39	52	51

Datenbasis: ALLBUS 1994 u. 1996 (Kumulation); relative Anteile bezogen auf die Spalten, in Klammern, wenn Prozentuierungsbasis n < 30.

Graphik 1: Erwerb von Wohneigentum nach Geburtskohorten



Quelle: Lebensverlaufstudie, Geburtskohorten 1930, 1940, 1950; Sterbetafelschätzung

wohnung. Familien mit Kindern bildeten zudem seit jeher die zentrale Zielgruppe der bundesrepublikanischen Eigenheimförderung.

Für die Angehörigen der Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 zeigt sich, daß ein großer Teil der Ehepaare im Monat der Heirat in das gemeinsame Wohneigentum zieht (vgl. Graphik 2). Gleichzeitig sind große Stadt-Land-Unterschiede erkennbar, wobei die Wahrscheinlichkeit unmittelbar mit der Heirat in Wohneigentum zu ziehen, für Paare, die in einem Dorf leben, etwa 3 mal so hoch ist wie für Paare in Großstädten³.

Der Erwerb von Wohneigentum bei Arbeitern und Angestellten

Noch immer ist es die Arbeitsmarktposition des Mannes, die die Wohlstandsposition eines Ehepaares und einer Familie primär bestimmt. Das erzielte Einkommen ist entscheidend dafür, welche Sparleistungen erbracht werden können und beeinflußt damit, wie wahrscheinlich der Erwerb von Wohneigentum ist. Doch Einkommen und angespartes Geldvermögen sind nicht die einzigen zentralen Ressourcen: Wer über eigene handwerkliche Fertigkeiten verfügt, kann fehlende Geldressourcen für den Hausbau durch Eigenarbeit zum Teil ersetzen. Besonders günstig ist die Lage dann, wenn Haushalte auch auf die praktische Unterstützung durch Verwandte, Freunde und Nachbarn zurückgreifen können. Solche Voraussetzungen sind vor allem im traditionellen Arbeitermilieu und in ländlichen Gegenden zu finden (vgl. Häußermann und Siebel 1996). Die Aufgliederung nach sozialrechtlicher Stellung macht deutlich, daß es in den untersuchten Geburtsjahrgängen tatsächlich nur geringe Dif-

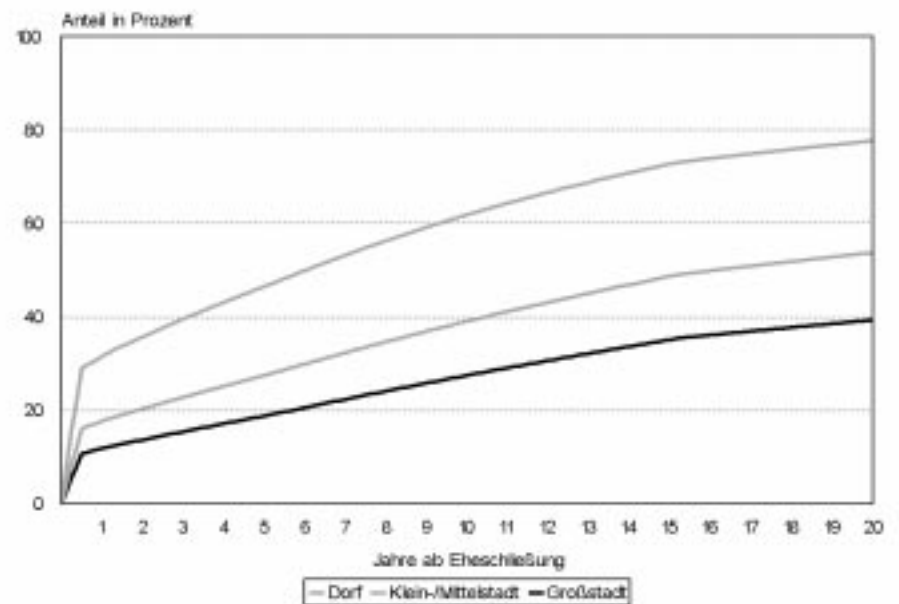
ferenzen im Erwerb von Wohneigentum zwischen Arbeitern und Angestellten/Beamten gibt (vgl. Graphik 3). Wird aber neben der sozialrechtlichen Stellung der Wohnort (Dorf/Klein- oder Mittelstadt/Großstadt) berücksichtigt, zeigt sich, daß Angestellte und Beamte im allgemeinen in höherem Ausmaß Wohneigentum verwirklichen können als Arbeiter. Die Tatsache, daß Arbeiter etwas häufiger als Angestellte und Beamte auf dem Lande wohnen, wo Wohneigentum preiswerter und die Unterstützung durch Angehörige und Nachbarn beim Hausbau vermutlich verbreiteter ist,

bringt im Aggregat das Ergebnis einer in etwa gleich hohen Wahrscheinlichkeit für Wohneigentum hervor.

Neben den abhängig Beschäftigten heben sich die selbständigen Landwirte und auch die sonstigen Selbständigen mit einer stark erhöhten Wahrscheinlichkeit, Wohneigentum zu erwerben, hervor (Graphik 3). Da vor allem für die Landwirte (in Westdeutschland) der Besitz und die Bindung an Grundeigentum konstitutiv ist, ist die überaus hohe Häufigkeit von Wohneigentum bei den Landwirten im Vergleich zu den anderen Berufsgruppen nicht erstaunlich.

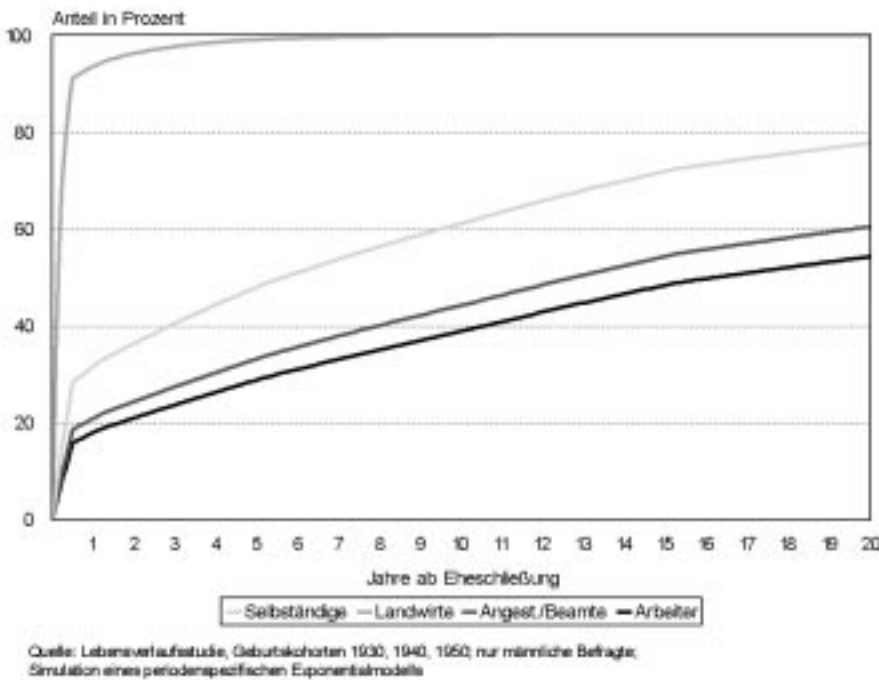
Die Bedeutung des Erwerbseinkommens für den Erwerb eines eigenen Hauses bei den abhängig Beschäftigten ist erkennbar, wenn die berufliche Stellung stärker aufgliedert und der Einfluß des Wohnortes berücksichtigt wird (vgl. Graphik 4). Die Verlierer sind die un- und angelernten Arbeiter, die weitaus seltener als alle anderen Gruppen den Traum von den eigenen vier Wänden verwirklichen können. So erwerben von den un- und angelernten Arbeitern (mit durchgehender Berufstätigkeit in dieser Position) laut Modellschätzung nur 24 Prozent innerhalb der ersten 10 Ehejahre Wohneigentum. Eine Mittelposition nehmen die Facharbeiter sowie die einfachen und mittleren Angestellten und Beamten ein, für die nach 10 Ehejahren eine Eigentumsquote von 38 bzw. 37 Prozent geschätzt wird. Besonders gut stellen sich schließlich die gehobenen und höheren Angestellten/Beamten mit ca. 48 Prozent, wengleich auch von ihnen seltener Wohneigentum erworben wird als von den Selbständigen und den selbständigen Landwirten. Die Ergebnisse für die abhängig Beschäftigten deuten auch darauf hin, daß sich mehrere Effekte überlagern: Zwar scheint Einkommen eine wichtige Ressource darzustellen, um Wohneigentum realisieren zu können, doch

Graphik 2: Erwerb von Wohneigentum nach Ehedauer und Wohnort



Quelle: Lebensverlaufstudie, Geburtskohorten 1930, 1940, 1950; nur männliche Befragte; Simulation eines periodenspezifischen Exponentialmodells

Graphik 3: Erwerb von Wohneigentum nach beruflicher Stellung



Kompensationsmöglichkeiten etwa durch eigene handwerkliche Fertigkeiten spielen offenbar ebenso eine Rolle. Denn Facharbeiter, die im Durchschnitt über niedrigere Einkommen als einfache und mittlere Angestellte und Beamte verfügen, erwerben ähnlich häufig Wohneigentum wie diese. Ähnliches gilt für Vorarbeiter und Meister im Vergleich zu den gehobenen und höheren Angestellten und Beamten.

Die Erwerbstätigkeit der Ehefrau - ein Weg, um die Chancen auf Wohneigentum zu erhöhen

Das Alleinverdienermodell - erwerbstätiger Ehemann/nichtberufstätige Frau - war in den hier untersuchten Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 noch typisch. Wenn Frauen trotzdem berufstätig wurden, hatte dies vermutlich ganz unterschiedliche Gründe. Eine Motivation könnte darin bestanden haben, durch die Berufstätigkeit der Frau die Sparmöglichkeiten des Haushalts und damit seine Chancen auf Wohneigentum zu erhöhen. Die Ergebnisse der Lebensverlaufsstudie unterstützen diese Vermutung: Wenn die Ehefrau berufstätig ist, steigt die Wahrscheinlichkeit des Erwerbs von Wohneigentum sowohl bei Angestellten wie bei Arbeitern deutlich an (vgl. Graphik 5). Offensichtlich ist aber auch, daß Paare, bei denen der Mann Arbeiter und die Ehefrau (als Angestellte od. Arbeiterin) berufstätig ist, ebenso häufig die eigenen vier Wände realisieren wie Paare, bei denen der Mann Angestellter und die Frau nicht berufstätig ist. (Die geschätzten Verläufe sind für die beiden Gruppen gleich.) Haushalte, in denen der Mann Arbeiter ist, scheinen damit stärker auf die Berufstätigkeit der Frau angewiesen zu sein, um Wohneigentum zu verwirklichen, als Angestelltenhaushalte.

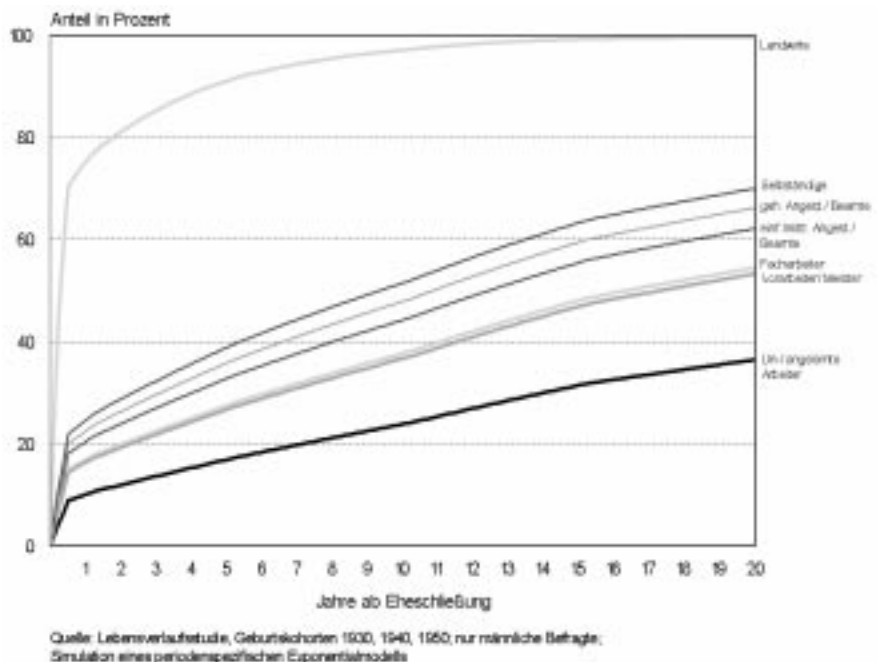
Transfers über die Generationen sind wichtig

Nicht nur innerhalb von Partnerschaften wird über das Zusammenlegen von Ressourcen die Chance auf den Erwerb von Wohneigentum erhöht. Auch innerhalb von Familien - von einer Generation zur nächsten - wird Geld- und Grundvermögen weitergegeben und andere praktische Unterstützung geleistet. Die genauen Mechanismen hierfür können mit den Daten der Lebensverlaufsstudie nicht untersucht werden, doch die Relevanz von intergenerationalen Transfers ist gleichwohl klar erkenn-

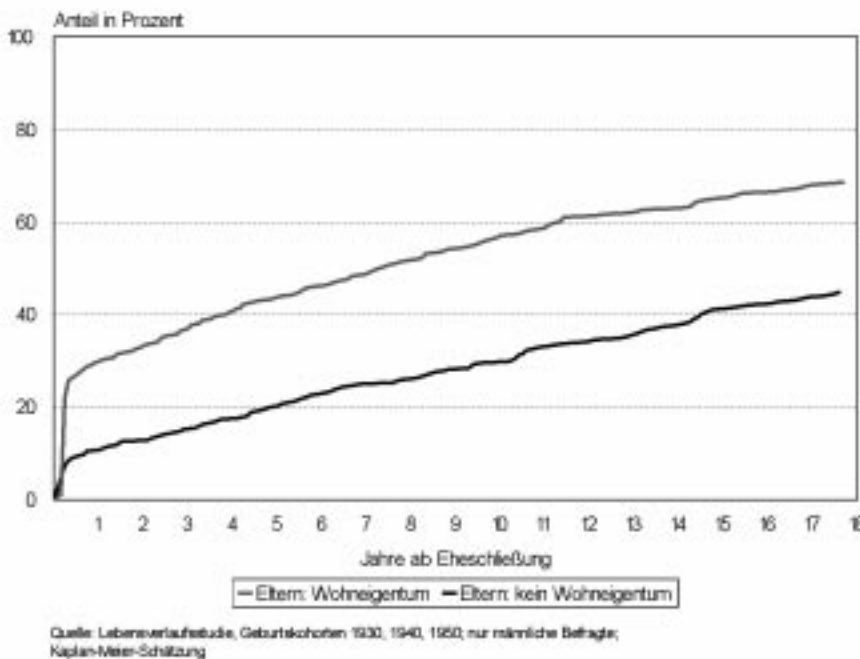
bar. Personen, die in Wohneigentum aufgewachsen sind, haben eine deutlich erhöhte Wahrscheinlichkeit ebenfalls Wohneigentum zu erwerben (vgl. Graphik 6). Nach 10 Ehejahren haben 57 Prozent von ihnen bereits Wohneigentum erworben, Personen, die nicht in Wohneigentum aufgewachsen sind, hingegen nur zu 30 Prozent. Für die große Differenz können zum einen Sozialisationseffekte verantwortlich sein: Wer im eigenen Haus groß geworden ist, wird möglicherweise später eigenes Wohneigentum für erstrebenswerter halten, als jemand, der in einer Mietwohnung aufgewachsen ist. Zum anderen ist anzunehmen, daß Eltern, die Wohneigentum besitzen, eher in der Lage sind, über Geld- und Vermögenstransfers ihre Kinder beim eigenen Haus-erwerb zu unterstützen. Der in der Graphik sichtbare starke Effekt des elterlichen Wohneigentums schwächt sich leicht ab, wenn der Wohnort berücksichtigt wird: Befragte, deren Eltern Wohneigentum hatten, wohnen überdurchschnittlich häufig auf dem Land, wo der Erwerb von Wohneigentum einfacher ist als in der Stadt.

Doch nicht nur das Wohneigentum der Eltern, sondern auch die berufliche Stellung des Vaters scheint eine Rolle zu spielen. Hier zeigt sich nun nicht, daß Kinder schlechter verdienender Väter seltener Wohneigentum erwerben, sondern umgekehrt, daß Arbeiterkinder etwas häufiger als Kinder von Angestellten und Beamten in der Lage sind, Wohneigentum zu realisieren (vgl. Graphik 7). So sind etwa 44 Prozent der Arbeitersöhne, aber nur 34 Prozent der Angestellten- und Beamtenöhne bis zum 10. Eheschließungsjahr in Wohneigentum gezogen. Die unterschiedliche Richtung des Effektes der beruflichen Stellung in der Eltern- und Kindergeneration deutet darauf hin, daß für die Verwirklichung von Wohneigentum

Graphik 4: Erwerb von Wohneigentum nach beruflicher Stellung (detailliert)



Graphik 6: Erwerb von Wohneigentum und Wohneigentum der Eltern



nicht nur die eigenen Einkommensressourcen von Bedeutung sind, sondern ebenso familiäre Unterstützungsleistungen: In Deutschland gibt es im Arbeitermilieu eine lange Tradition, sich den Traum von den eigenen vier Wänden über Eigenarbeit und wechselseitige verwandtschaftliche und nachbarschaftliche Unterstützung zu erfüllen (vgl. Häußermann und Siebel 1996). Interessant ist insbesondere, daß sich der Effekt für Arbeiterkinder auch unabhängig davon zeigt, ob die eigenen Eltern Wohneigentum besessen haben, sowie unabhängig von der eigenen beruflichen Stellung des Befragten⁴. Vergleicht man den Einfluß des Vaterberufes mit dem der eigenen Arbeitsmarktposition läßt sich feststellen, daß die eigene Position etwas bedeutsamer ist. Wird allerdings der Wohnort berücksichtigt, schwächt sich der Effekt des Vaterberufes ab. Damit sind es insbesondere die Arbeiterkinder in ländlichen Gegenden, die von der Einbindung in die Herkunftsfamilie profitieren können. Vergleicht man den Einfluß des Vaterberufes mit dem der eigenen Arbeitsmarktposition läßt sich feststellen, daß die eigene Position etwas bedeutsamer ist. Wird der Wohnort berücksichtigt, schwächt sich der Effekt des Vaterberufes weiter ab. Damit sind es insbesondere die Arbeiterkinder in ländlichen Gegenden, die von der Einbindung in die Herkunftsfamilie profitieren können.

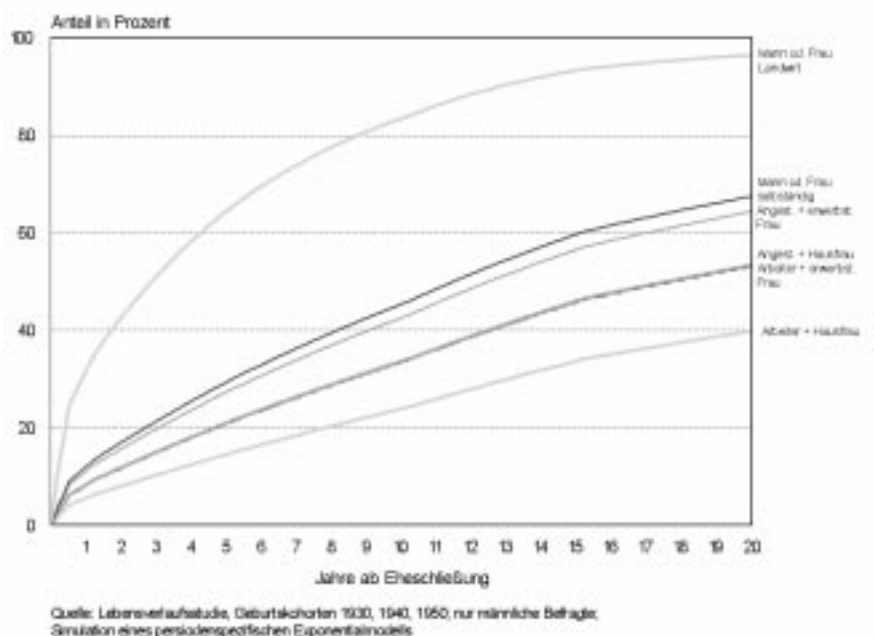
Insgesamt ist damit für die Geburtskohorten 1930, 1940 und 1950 festzuhalten, daß Wohneigentum von Ehepaaren und in ländlichen Gegenden häufiger erworben wird als von Ledigen und Stadtbewohnern. Gleichzeitig treten klare soziale Ungleichheiten hervor: Wie zu erwarten, bilden Landwirte und sonstige Selbständige die Gruppe, die sich durch die höchsten Eigentümerquoten auszeichnet. Darüber hinaus ist zu beobachten, daß die Wahrscheinlichkeit für Wohneigentum mit der be-

ruflichen Stellung (und damit dem Einkommen) ansteigt. Ein zentraler Befund ist, daß un- und angelernte Arbeiter seltener als alle anderen Gruppen in der Lage sind, Wohneigentum zu verwirklichen. Eine Möglichkeit, die Chancen auf Wohneigentum zu erhöhen, ist die Erwerbsbeteiligung der Ehefrau. Wichtiger noch ist aber die Unterstützung durch die Elterngeneration: Die Chancen der Kinder auf Wohneigentum steigen erheblich an, wenn die Eltern selbst im Besitz von Wohneigentum sind (oder waren). Zusätzlich scheint in Arbeiterfamilien, d.h. dann, wenn der Vater Arbeiter ist (oder war), mehr daran gesetzt zu werden, daß die Kinder die eigenen vier Wände verwirklichen können. Damit ergibt sich

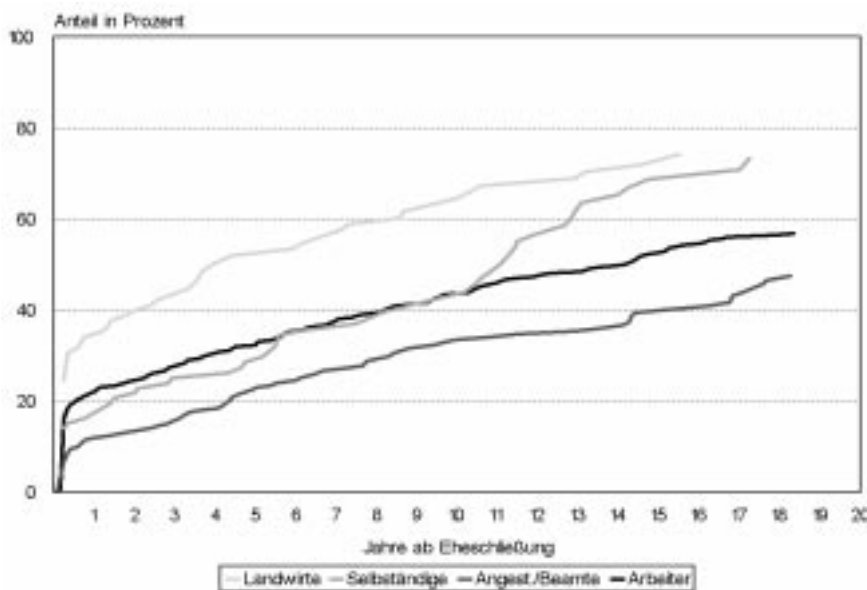
insgesamt das Bild, daß soziale Ungleichheiten im Besitz von Wohneigentum zwar Ungleichheiten der Arbeitsmarktposition folgen, daß aber gleichermaßen intergenerationale Transfers und die Einbindung in bestimmte Milieustrukturen von Bedeutung sind.

- 1 Im folgenden werden Ergebnisse aus dem Teilprojekt B6, „Soziale Ungleichheit und Haushaltsdynamik im internationalen Vergleich“, Sonderforschungsbereich 186 „Statuspassagen und Risikolagen im Lebenslauf“, Universität Bremen, berichtet. Ein detaillierterer Forschungsbericht ist bei der Autorin erhältlich.
- 2 In der für die Analysen verwendeten Lebensverlaufsstudie wurde nur erfaßt, ab welchem Zeitpunkt die befragte Person in Wohneigentum lebt, die Art (über Erbschaft, Kauf usw.) und auch der Zeitpunkt des Erwerbs hingegen nicht. Im folgenden wird vereinfachend davon ausgegangen, daß der Einzugsmonat gleich dem Monat des Erwerbs ist.
- 3 Graphik 2 wie auch die folgenden Graphiken 3, 4 und 5 basieren auf periodenspezifischen Exponentialmodellen zur Vorhersage des Übergangs zum ersten Wohneigentum. Die in der Graphik präsentierten Prozentanteile geben die Schätzergebnisse für die Situation wieder, daß Personen durchgehend ab Beginn der Ehe an einem Wohnort bestimmten Typs wohnen bleiben. Im Modell selbst wurde berücksichtigt, daß Personen möglicherweise im Laufe ihrer Ehe ihren Wohnort wechseln. Analog wurde auch bei den Graphiken 3, 4 und 5 und den zugrunde liegenden Modellen verfahren. Informationen zu technischen Details sind von der Autorin erhältlich.
- 4 Zudem ist in detaillierteren Analysen er-

Graphik 5: Erwerb von Wohneigentum und Berufstätigkeit der Ehefrau



Graphik 7: Erwerb von Wohneigentum und berufliche Stellung des Vaters



Quelle: Lebensverlaufstudie, Geburtskohorten 1930, 1940, 1950; nur männliche Befragte; Kaplan-Meier-Schätzung

kennbar, daß Söhne, deren Väter un- oder angelernte Arbeiter waren, keine schlechteren Chancen haben, Wohneigentum zu erwerben, als Söhne, deren Väter Facharbeiter oder Meister waren.

Laue, E., 1995, Grundvermögen privater Haushalte Ende 1993. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. In: *Wirtschaft und Statistik*, H. 7, S. 488-497.

Scheewe, P., 1995, Wohnsituation der Haushalte. Ergebnis der 1%-Gebäude- und Wohnungsstichprobe am 30. September 1993. In: *Wirtschaft und Statistik*, H. 10, S.746-751.

Häußermann, H.; Siebel, W., 1996: *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*. Weinheim/München.

■ Karin Kurz, Universität Bremen
Tel. 0421/218-7032

Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung

Ein Tagungsbericht

Am 19. und 20. März 1998 fand eine gemeinsame Tagung der Sektion Sozialindikatoren der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, der Längsschnittwerkstatt Berlin-Brandenburg (LWBB) und der Abteilung Sozialstruktur und Sozialberichterstattung des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB) zum Thema Längsschnittinformationen in der Sozialberichterstattung in den Räumen des WZB in Berlin statt. Die Tagung wurde von Roland Habich (WZB), Heinz-Herbert Noll (ZUMA) und Jürgen Schupp (DIW/LWBB) organisiert und geleitet.

Mit der zunehmenden Verfügbarkeit von Längsschnittuntersuchungen steht die Sozialberichterstattung, als problem- und anwendungsorientierte Disziplin, vor der Herausforderung, die individuelle Längsschnittperspektive in ihre Darstellungsformen einzubeziehen. Die Tagung diente dazu, Datengrundlagen, Ergebnisse und Forschungsprobleme aus dem Bereich individueller Längsschnittdaten im Hinblick auf eine Verwendung für die Sozialberichterstattung zu präsentieren und zu diskutieren. An zwei Tagen wurden insgesamt zwanzig Referate gehalten.

Einen Schwerpunkt der Veranstaltung bildeten Beiträge zum Problembereich Arbeitsmarkt. Zur Eröffnung erläuterten Roland Ha-

bich, Heinz-Herbert Noll und Jürgen Schupp die Ziele der Tagung. Danach referierten Simone Kreher und Sabine Henneberger über „Kontinuität und Wandel – Ein Problem der Generationen“. „Individuelle Dynamik der unterwertigen Erwerbstätigkeit in Deutschland“ war das Thema von Felix Büchel. Danach informierte Erwin Zimmermann über das neue Schweizer Haushalts-Panel. Josef Preißler und Wolfgang Ludwig-Mayerhofer stellten eine „Untersuchung zu Strategien zur Analyse von Arbeitslosigkeitsrisiken unter besonderer Berücksichtigung der Einflüsse von Niedrigbildung“ vor, und ein Beitrag von Frank Wießner hatte das Thema: „Aus der Arbeitslosigkeit in die Selbständigkeit – Förderung mit Überbrückungsgeld durch das Arbeitsamt“. Michael Mibs und Gerhard Schön präsentierten Analysen zur Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Längsschnittvergleich und Stefan Bender und Wolfgang Seifert lieferten Beispiele für „dynamische“ Arbeitsmarktindikatoren aus der IAB-Beschäftigtenstichprobe. Den Abschluß des ersten Tages bildete ein Beitrag von Joachim Frick und Jürgen Schupp zur Analyse von Arbeitslosigkeit mithilfe von Quer- und Längsschnittindikatoren.

Dirk Konietzka und Peter Sopp eröffneten den zweiten Tag der Veranstaltung mit einem Vortrag zum Thema: „Gespaltenen Arbeitsmarkt

– ausgeschlossene Individuen“. Danach standen andere Themenbereiche der Sozialberichterstattung im Vordergrund. Roland Habich und Zsolt Spéder (Budapest) referierten über das längsschnittbezogene Wohlfahrtsprogramm – Probleme und Perspektiven. Peter Krause (Berlin) berichtete anhand empirischer Beispiele über Perspektiven längsschnittbezogener Armutsberichterstattung. Der Vormittag endete mit einem Beitrag von Martin Mussong zu „Längsschnittinformationen und Äquivalenzskalen“.

Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes als Datenbasis für die Analyse längsschnittbezogener Fragestellungen wurde im ersten Beitrag des Nachmittags von Uwe Fachinger vorgestellt. Martin Schöllkopf berichtete danach über Längsschnittdaten zur Entwicklung der Versorgungssituation in der Altenpflege und Markus Grabka (Berlin) präsentierte Analysen zum Thema „Streß und Ressourcen: Welche Wirkung haben Ressourcen nach dem Eintritt eines Lebensereignisses?“ Danach referierten Wolfgang Voges und Christina König über somatische und soziale Determinanten von Mortalität – Möglichkeiten der Sozialberichterstattung anhand von Krankenkassendaten. Den Abschluß der Tagung bildete ein Beitrag von Stefan Weick zu individuellen Anspruchsniveaus und Zufriedenheitsbewertungen im Längsschnitt.

■ Stefan Weick, ZUMA
Tel. 0621/1246-245